

Stadtprogramm für Demokratie.

Jenaer Programm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Empfehlungen für die Stadt Jena	3
2.1. Rassismus	3
2.2. Queerfreundlichkeit	5
2.3. Ableismus	8
2.4. Jugendbeteiligung	9
2.5. Antisemitismus	11
3. Struktur	13
3.1. Runder Tisch für Demokratie	13
3.2. KoKont - Koordinierungsstelle des Jenaer Stadtprogramms und Kontaktbüro des Runden Tisches für Demokratie	14
4. Fortentwicklung	14

1. Einleitung

Die *Lichtstadt Jena* wird nicht nur durch Wissenschaft und Technologie zum Leuchten gebracht. Sie erstrahlt auch dank der Menschen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt engagieren. Ihr Engagement im Alltag, in den Vereinen und Initiativen, den Behörden und in den kommunalen Parlamenten, in den Betrieben, Schulen und Hochschulen macht die Stadt lebenswert.

Wo Licht ist, ist aber auch Schatten: Nicht alle Menschen können in Jena im gleichen Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Diskriminierung verhindert dies. Grundlegende Ressourcen wie Wohnraum, Bildung oder Mobilität sind nicht für alle in gleicher Weise zugänglich.

Das Jenaer Stadtprogramm wurde einst als Reaktion auf die rechtsextreme Szene in Jena entwickelt. Diese Szene konnte zwar durch die demokratische Stadtgesellschaft in den letzten Jahren zurückgedrängt werden. Sie ist aber nicht verschwunden. Einzelpersonen haben sich im unmittelbaren Umland von Jena niedergelassen und in der Stadt kommt es weiterhin zu Übergriffen auf Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen.¹ Vorstellungen der Ungleichwertigkeit und Nationalismus sind jedoch keineswegs nur ein Problem am äußeren rechten Rand. Auch in der Mitte der Gesellschaft finden sich solche Positionen wieder.² Deutlicher Ausdruck dafür sind die Normalisierung rechtsextremer Narrative, alltägliche Diskriminierung und die zunehmende Unterstützung rechtsextremer Parteien.³

Im Jahr 2000 verabschiedete der Runde Tisch für Demokratie, als Ort der Aushandlung zwischen den verschiedenen Teilen der Jenaer Stadtgesellschaft, das Stadtprogramm in seiner ersten Fassung, die 2018 aktualisiert und nunmehr in ihrer dritten Überarbeitung vorliegt. Damals wie heute entsteht das Programm im gemeinsamen Austausch von Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft, Kirche und der Jenaer Zivilgesellschaft. Es lebt von Beteiligung und bleibt offen für Neues: Was im Stadtprogramm steht, ist nicht in Stein gemeißelt. Das ist wichtig, denn die Stadtgesellschaft ist im Wandel begriffen. Sie wird vielfältiger, dank der Menschen verschiedenen Alters mit unterschiedlicher Herkunft, Identität und Bedürfnissen. Die vorliegende Aktualisierung ist das Ergebnis eines zweijährigen Aushandlungsprozesses. Zu

¹ Situations- und Ressourcenanalyse, S. 16, 21ff.

² Thüringen-Monitor 2023.

³ Situations- und Ressourcenanalyse, S. 42f.

den Themen Rassismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und Jugendbeteiligung wurden Beteiligungsformate durchgeführt, um das Überarbeiten der Inhalte so partizipativ und betroffenenorientiert wie möglich zu gestalten. Diese Schwerpunkte ergaben sich aus der Situations- und Ressourcenanalyse des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Neben diesen vier Schwerpunktthemen widmet sich ein weiterer Punkt dem zunehmenden Antisemitismus.

Das Stadtprogramm hat viele Anliegen. Es ist ein Ausdruck der zivilgesellschaftlichen Selbstverständigung, möchte Leitlinie für die Kommunalpolitik und Stadtverwaltung sein und adressiert alle Menschen in Jena. Es benennt bisherige Erfolge, legt den Finger aber auch in die Wunde. Missstände müssen klar benannt werden, wenn wir dem Ziel eines solidarischen, respektvollen und demokratischen Zusammenlebens näherkommen möchten, in dem alle ohne Angst verschieden sein können. Umso heller kann die Lichtstadt Jena leuchten.

2. Empfehlungen für die Stadt Jena

Wie bereits erwähnt, gibt es keinen Anlass zur Entwarnung hinsichtlich des Rechtsextremismus in Jena. Zwar ist der Organisationsgrad der lokalen rechtsextremen Strukturen weiterhin relativ niedrig, jedoch ist auch für Jena eine Zunahme rechtsextremer Übergriffe, Aktivitäten sowie lokaler Raumgewinne zu verzeichnen. Das Mobilisierungspotenzial rechtsextremer und menschenfeindlicher Positionen darf daher bei allen bisherigen Erfolgen nicht unterschätzt werden.

Die folgenden Punkte befassen sich mit unterschiedlichen Ideologien der Ungleichwertigkeit, die sowohl Teil eines rechtsextremen Weltbildes als auch in der „Mitte“ der Gesellschaft anzutreffen sind.

2.1. Rassismus

Im Rahmen der Fortschreibung des Jenaer Stadtprogramms fanden zwei Werkstätten zum Thema Rassismus statt. Diese wurden vom Migrationsbeirat organisiert, um unterschiedliche Perspektiven aus migrantischen Communities zu sammeln und Strategien zu entwickeln. Die erste Veranstaltung richtete sich an Mitglieder des Migrationsbeirats und Vertreter*innen von Migrantenorganisationen, während die zweite Sitzung für Frauen mit Migrationsgeschichte konzipiert war. Aus diesen Formaten ergeben sich die folgenden Empfehlungen:

- Aufklärung und Sensibilisierung, um das Bewusstsein in der Gesellschaft zu schärfen
- Fortbildung für Behördenmitarbeiter*innen: Schulungen im Umgang mit Rassismus und Diskriminierung
- Diskriminierungssensibles und möglichst transparentes Arbeiten der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde
- Verwendung von „Einfacher Sprache“ und mehrsprachige Informationen für Formulare
- Antirassismuarbeit in Schulen (entsprechend kommunaler Möglichkeiten intensivieren)
- Antirassismuarbeit in Wohnungsunternehmen: Konzepte zum diskriminierungsfreien Umgang entwickeln
- Unterstützung bei der Suche nach Räumen, in denen Menschen über ihre Erfahrungen sprechen und sich austauschen können, bzw. die Sichtbarkeit von bereits vorhandenen Räumen erhöhen (bspw. Wagnergasse 25, Haus auf der Mauer, Eine-Welt-Haus, Mig, etc.)
- Informationsveranstaltungen zu Rassismus und Diskriminierung anbieten, um das Verständnis über Strukturen und Mechanismen von Rassismus zu fördern
- Empowerment-Angebote für Betroffene
- Stärkung von Selbstvertretungen wie dem Migrationsbeirat (MIB) und Migrant*innenorganisationen
- Förderung der Erinnerungskultur (NSU-Komplex): Die Etablierung von Bildungsorten und Entwicklung von Konzepten zur Erinnerung an die Opfer des rechten Terrors ist eine wichtige Voraussetzung, um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus in Jena zu fördern.
- Anerkennung und Sichtbarkeit der Beiträge von Migrant*innen zur Gesellschaft erhöhen
- Auf kommunaler Ebene eine objektive und faire Asyl- und Migrationspolitik, die auf Fakten und nicht auf Vorurteilen basiert, fördern
- Maßnahmen zur Erhöhung der Sichtbarkeit der kommunalen Antidiskriminierungsstelle, sowie deren Ausbau und Evaluierung, um sie stetig weiterzuentwickeln.
- Unterstützung (Mentoring und Beratung) für Menschen mit Migrationshintergrund in Bildungs- und Berufsfragen anbieten

Die Werkstätten haben gezeigt, dass großer Bedarf an Austausch und gemeinsamen Strategien zur Bekämpfung von Rassismus besteht. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Rassismus nur durch kontinuierliche Aufklärungsarbeit, Dialog und strukturelle Veränderungen effektiv bekämpft werden kann. Wir leben in einer Migrationsgesellschaft. Die erarbeiteten Empfehlungen bieten eine solide Grundlage für zukünftige Maßnahmen und Programme der Stadt zur Förderung einer inklusiven und diversen Gesellschaft. Darüber hinaus betonen die Teilnehmenden und der Migrationsbeirat, dass aufgrund des politischen Klimas im Land, die Verantwortung der Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik zur Gestaltung einer pluralen Demokratie größer geworden ist. Die Kommunen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Aber es sollten entsprechend der (lokalen) Möglichkeiten ebenso für Landes- und Bundesebene jegliche Anstrengungen unternommen werden, um die Grundlagen unserer Demokratie zu schützen. Dazu gehören unter anderem der Schutz und die Achtung der Menschenrechte und des Asylrechts, die Toleranz und der Respekt vor den demokratischen Institutionen, die Rechtsgleichheit als Grundprinzip der Rechtsstaatlichkeit sowie die Sozialstaatlichkeit.

2.2. Queerfreundlichkeit

Nach den Empfehlungen der Situations- und Ressourcen-Analyse nimmt das Jenaer Stadtprogramm auch das Themenfeld Queerfreundlichkeit in den Blick. Als Stadt, in der Menschen in Vielfalt zusammenkommen, gilt es auch (bewusste und unbewusste) Benachteiligung von queeren Menschen in den Blick zu nehmen. Dabei richten sich die Maßnahmen an die Stadtverwaltung, aber auch an die Zivilgesellschaft. Die folgenden Empfehlungen sind das Ergebnis der Beteiligungsformate von und für queere Menschen.

Ausbau von dezentralen Angeboten für queere Menschen / Konzept für ein queeres Zentrum

Neben der Bekanntmachung und dem Ausbau von dezentralen Angeboten für queere Menschen soll zur gebündelten Umsetzung der Empfehlungen aus den Beteiligungsformaten die Konzeptionierung eines Queeren Zentrums angestrebt werden. So können eine Vielzahl der gesammelten Bedarfe in den Bereichen Begegnung und queeres Empowerment (insbesondere Beratung und Bildung) in einem geschützten Rahmen selbstbestimmt aufgegriffen und umgesetzt werden.

Das Queere Zentrum könnte dabei auch der Koordination und Vernetzung bestehender (zumeist zivilgesellschaftlicher) Initiativen und Strukturen, sowie der Ansprechbarkeit dienen. In der Konzeptentwicklung selbst kann auf langjährige Erfahrungen in anderen Städten und Bundesländern zurückgegriffen und diese an die Jenaer Situation angepasst werden. Geeignete Kofinanzierungsmittel sollen bei EU, Bund und Land recherchiert und ggf. eingeworben werden.

Maßnahmen:

- Umfassende Unterstützung von dezentralen Angeboten für queere Menschen unterschiedlichen Alters in verschiedenen Stadtteilen
- Partizipative Entwicklung eines Konzeptes für ein Queeres Zentrum, gemeinsam mit den LGBTIQ*-Communities
 - Bis zur Eröffnung des Zentrums: Unterstützung bei der Suche nach Räumlichkeiten in verschiedenen Stadtteilen, die möglichst kostengünstig und barrierearm genutzt werden können
- Entwicklung eines Kostenplans, Recherche nach geeigneten Förderprogrammen (in EU, Bund, Land und Stadt)

Verabschiedung eines queeren Stadtverwaltungspakets

Die Stadtverwaltung setzt Maßnahmen zur Umsetzung und Absicherung queer-sensiblen Handelns um und unterstützt die Sichtbarkeit queerer Vielfalt im öffentlichen Handeln.

Maßnahmen:

- Benennen einer Queer-beauftragten Person
- Schulung und Sensibilisierung von städtischen Mitarbeitenden zu queeren Themen, queer-sensiblen Handeln und (An-)Sprache
- Geschlechtersensible Überarbeitung von Formularen und Publikationen
- Prüfung der Anpassung geschlechterspezifischer Sanitär- und Umkleieräume, Deklaration geeigneter vorhandener Räume als geschlechterneutral nutzbare Räume,
- Förderung der Vernetzung von queeren Mitarbeitenden in Stadtverwaltung und städtischen Eigenbetrieben

- Erhöhung queerer Sichtbarkeit, z. B. durch Benennung von Straßen & Plätzen⁴, Hissen von Fahnen zu Aktions- und Gedenktagen, öffentliche Grußbotschaften der Stadtverwaltung, Ausstellungen, Kunstprojekte

Bereitstellung von Fördermitteln für themenbezogene Projekte

Da das zivilgesellschaftliche Engagement auch im Bereich Queerfreundlichkeit zumeist ehrenamtlich/zivilgesellschaftlich organisiert ist, besteht Bedarf zu (Ko-)Finanzierung queerer Projekte und Träger durch entsprechende Fördermittel. In Jena existieren bereits Förderprogramme, die für queere Zielgruppen noch zugänglicher gestaltet werden können. In Zukunft wird in Jena aktiver und umfassender über Fördermittel zur (Ko-)Finanzierung queerer Projekte und Träger informiert.

Maßnahmen:

- Langfristige Unterstützung bei Fragen zur Finanzierung von Angeboten für queere Menschen
- Aufnahme von Bedarfen in die kommende Haushaltsaufstellung

Queere Jugendhilfe

Die Jugendhilfeangebote der Stadt und der von ihr beauftragten Träger werden queersensibel gestaltet und auch auf queere Zielgruppen ausgerichtet.

Maßnahmen

- Sensibilisierung von Jugendamt und Jugendhilfe-Trägern und Akteur*innen der Jugendarbeit (insbesondere bei stationären Angeboten)
- Anpassung der Schutzkonzepte für die Unterbringung von queeren Jugendlichen in der stationären Jugendhilfe
- Verstetigung von Maßnahmen im Jugendförderplan (Beratungsangebote für geschlechtliche und sexuelle Identitätsfragen)

⁴ Bspw. Heinrich Weidinger (<https://geschichte.jena.de/de/heinrich-weidinger-1890-1944>), Johann Georg Rist,

- Bekanntmachung der relevanten Ansprechpersonen in den Ausschüssen des Stadtrates

2.3. Ableismus⁵

Um Ableismus in Jena abzubauen, hat die Stadt Jena 2017 den Aktionsplan „Inklusive Stadt“⁶ erarbeitet und verabschiedet. Zwei ausgewählte Anliegen des Aktionsplans sind die barrierefreie Nutzung der städtischen Website und die Verfügbarkeit von Formularen in leichter Sprache. Sieben Jahre nach Verabschiedung des Aktionsplans sind beide Forderungen noch nicht umgesetzt. Dies führt zu Frust bei Betroffenen, da der Eindruck entsteht, dass der Aktionsplan, sowie die UN-BRK⁷ (auch in der Stadtverwaltung) weitestgehend unbekannt sind. Des Weiteren fällt schlechtes Wegemanagement an Baustellen auf. Auch im weiteren öffentlichen Raum begegnen Menschen mit Behinderung zahlreichen Barrieren. So sind beispielsweise Konzerthäuser, Clubs oder Sportstätten oft nicht barrierefrei zugänglich und nutzbar. Dies führt dazu, dass es wenig inklusive Angebote in Kultur, Freizeit und Sport gibt. Echte Teilhabe, wie in der UN-BRK gesetzlich verankert, existiert erst, wenn Menschen mit Behinderung den öffentlichen Raum gleichberechtigt nutzen können.

2023 fand das erste barrierefreie Kulturfestival Jenas statt, das „Schranken Los! - Kulturfestival für jedermensch“. Dies setzte sich zum Ziel, die Möglichkeiten, die es gibt, um Barrierefreiheit auf Festivals und Veranstaltungen zu ermöglichen, einzusetzen. Beispiele wie diese zeigen, dass es Möglichkeiten gibt, soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Maßnahmen:

- Bekanntmachung und Umsetzung des neuen Aktionsplans
- Unterstützung und Durchführung von Veranstaltungen, die sich an alle Menschen der Stadtgesellschaft richten (bspw. „Schranken Los! – Kulturfestival für jedermensch“ als Veranstaltung verstetigen)

⁵ Anm.: Ableismus bedeutet, dass Menschen mit Behinderung von anderen Menschen ohne Behinderung auf die Merkmale reduziert werden, in denen sie sich von einem vermeintlichen „Normalzustand“ unterscheiden. Dies können sichtbare oder unsichtbare Merkmale sein (bspw. ein Rollstuhl oder eine geistige Behinderung). Von diesen Merkmalen wird anschließend, ohne vorher nachzufragen, beispielsweise darauf geschlossen, was die Person mit der Behinderung kann oder nicht kann. Oft wird die Vielfalt der Einschränkungen nicht wahrgenommen.

⁶ https://vorhaben.jena.de/fm/2150/Aktionsplan_IJ.pdf

⁷ UN-Behindertenrechtskonvention

- Zugänglichkeit zu allen Bereichen der Stadt gewährleisten (Räumlichkeiten, öffentlicher Raum, sichere barrierefreie Umleitung bei Baustellen, barrierefreie Nutzung der städtischen Internetseite, sowie Zugang zu Formularen in leichter Sprache)
- Einbeziehung und Partizipation in politischen Gremien, Ausschüssen, bei Umfragen und Erhebungen, um Punkt drei zu verwirklichen

2.4. Jugendbeteiligung

Verbesserung der Jugendbeteiligung an den Schulen

Schüler*innenmitverwaltungen (SMV) sind eine wichtige Säule der demokratischen Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern direkt in Schulen. In den letzten Jahren hat es oft an den Verbindungen der SMV untereinander gefehlt, was dazu führte, dass die gewählten Vertreter*innen, wie Klassen/Kurssprecher*inne/Schulsprecher*innen im Dunkeln darüber blieben, welche Rechte und Pflichten sie haben und wie sie diese ausführen können. Zukünftig sollen diese Probleme besser erkannt werden können und auch in das Jugendparlament getragen werden können.

Maßnahmen:

- Bekanntmachung wichtiger Personen/Strukturen, bspw. Schülersprecher*innen und Benennung von Ansprechpersonen in Schule und Verwaltung (entsprechend der Zuständigkeiten) für Konsultationen und Austausch
- Organisation von Workshops durch externe Expert*innen, um Jugendliche für ihre entsprechende Aufgabe zu befähigen
- Die Schulsozialarbeit klärt über die Rechte und Pflichten bzgl. der Beteiligung in der Schule auf.
- Angebote zur Vernetzung für Schülersprecher*innen und gewählte Vertreter*innen

*Wirksamkeit von Jugendparlamentarier*innen in Ausschuss- und Beiratssitzungen steigern*

Das Jenaer Jugendparlament ist eine wichtige Säule zur Beteiligung von jungen Menschen in Jena – insbesondere in den städtischen Gremien. Seit geraumer Zeit fordert das JuPa bereits, besser in die Stadtarbeit eingebunden zu werden. Vielen Jugendlichen fehlt der Zugang zu Personen, die sie über die Aufgaben der Ausschüsse aufklärt und die zu besprechenden TOPs

erklärt. Dies führt dazu, dass Jugendliche teilweise hilflos in Ausschüssen sitzen und nicht wissen, worum es geht.

Die Jugendparlamentarier*innen haben eine*n feste*n Sitzungsbearbeiter*in in der Verwaltung, zu dem steht für die Begleitung des JuPas eine Bundesfreiwilligendienststelle zur Verfügung. Damit ist eine zuverlässige Organisation und Aufbereitung der Jugendparlamentssitzungen gewährleistet. Eine inhaltliche Vorschau auf die kommenden Ausschuss- und Beiratssitzungen wird in Form eines wöchentlichen Newsletters an die JuPas versandt. Der JuPa-Reader wird partizipativ erarbeitet und erscheint jährlich. Einmal jährlich findet die gemeinsame Sitzung von Jugendparlament und Stadtrat statt.

Maßnahmen:

- Etablierung eines Einführungsworkshops für alle JuPa-Mitglieder nach der konstituierenden Sitzung im neuen Schuljahr, in der vor allem über die Funktionsweise der städtischen Gremien und über Rechte und Pflichten der Mitglieder informiert wird
- Lotsenprogramm für Jugendliche in Ausschüssen (durch Benennung zuständiger Personen)
- Kommunalpolitik und Formen der Jugendbeteiligung an Schulen thematisieren (bspw. in Form von Projekttagen) oder konkrete Angebote der Schulsozialarbeit

Jugend braucht Freiräume

Mit zunehmendem Alter wird Selbstständigkeit für Kinder und Jugendliche immer wichtiger. Zusätzlich zur eigenen Gestaltung des Alltags spielt auch die Kontrolle über die genutzten Räume eine große Rolle. Das Problem fehlender Räume und Orte für Jugendliche tritt dabei besonders abends und nachts auf.

Zentrales Bedürfnis der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Jena sind daher vor allem selbstverwaltete Räume, deren Zugänge unabhängig von Erwachsenen möglich sind. Dabei ist eine Zusammenarbeit und Anbindung an ein Jugendzentrum oder eine andere öffentliche Einrichtung wünschenswert, damit benötigte Hilfe bereitgestellt werden kann und bereits vorhandene Ressourcen sinnvoll genutzt werden.

Maßnahmen:

- Prüfung der Etablierung von selbstverwalteten und niedrighschwelligen Räumen von

und für Jugendliche, in enger Abstimmung mit der Jugendarbeit/den Jugendzentren

- dezentrale Veranstaltungen und niedrigschwellig nutzbare Räume für Menschen unter 18 für die Abendstunden Einbindung in die Planung von öffentlichen Räumen und Orten mit Bezug zu jungen Menschen
- Beteiligung an der inhaltlichen Ausgestaltung von Angeboten (bspw. in Jugendeinrichtungen)

2.5. Antisemitismus

Antisemitische Diskriminierung geschieht nicht aus Gründen, sondern kann sich politisch, religiös oder rassistisch artikulieren. Im Zuge der Corona-Pandemie kam es zu einem deutlichen Anstieg bei der Verbreitung antisemitischer Verschwörungserzählungen sowie antisemitischer Codes und Symbole. Seit dem Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der anschließenden militärischen Offensive Israels hat sich die Bedrohungslage durch antisemitische Straftaten und Bedrohungen von Menschen und Einrichtungen weiter verschärft und ein neues Ausmaß erreicht.⁸ Es wird dabei immer deutlicher: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Er gehört nicht nur zum Kern der erstarkenden neonazistischen und rechtsextremen Bewegung in Thüringen, auch in der politischen „Mitte“, in migrantischen Gemeinschaften sowie in linken Gruppierungen ist Antisemitismus weit verbreitet. Besonders sichtbar in Jena ist derzeit Antisemitismus auf vermeintlich „pro-palästinensischen“ Kundgebungen und Demonstrationen, bei denen weitgehend unwidersprochen Verschwörungsmythen verbreitet werden, Israel das Existenzrecht abgesprochen und antisemitische Gewalt geleugnet und verherrlicht wird. Geschichtsrevisionismus, also die Bagatellisierung oder Leugnung antisemitischer Verbrechen insbesondere während des NS spielt in allen genannten Formen des Antisemitismus eine zentrale Rolle. Juden:Jüdinnen in Jena, von denen viele aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion stammen, sind in großen Teilen zusätzlich von Armut und Rassismus betroffen und leben zurückgezogen. Sie vermeiden öffentlich als jüdisch erkennbar zu sein, da sie antisemitische Vorfälle antizipieren.⁹ Vor diesem Hintergrund ist eine intensivere und

⁸ Thüringen-Monitor 2023, S 113-114.

⁹ Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Hg.) (2022). Problembeschreibung Antisemitismus in Thüringen, S. 23. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thuringen/Problembeschreibung_RIAS_Thuringen.pdf

kontinuierliche Beschäftigung mit Antisemitismus von besonderer Dringlichkeit.¹⁰ Es braucht eine Solidarität mit Juden*Jüdinnen in Jena im Alltag und auf politischer Ebene.

Maßnahmen:

- Bildungsangebote und Aufklärung zur Antisemitismusprävention
- Medienkompetenz stärken, um antisemitische Narrative zu erkennen
- Erinnerungs- und Gedenkkultur stärken (eigenes städtisches Gedenk- und Erinnerungskonzept), Geschichtsrevisionismus thematisieren
- Monitoring antisemitischer Vorfälle; in Zusammenarbeit mit RIAS Thüringen
- Klare und wahrnehmbare Stellungnahmen gegen antisemitische Äußerungen (bspw. durch Stadtverwaltung, Kommunalpolitik aber auch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft) und Teilnahme an Veranstaltungen, die sich gegen Antisemitismus richten
- Unterstützung von Initiativen und Organisationen, die im Themenfeld engagiert sind
- Unterstützung von Betroffenen von Antisemitismus, bspw. Zusammenarbeit mit OFEK e.V.

¹⁰ Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen.

3. Struktur

Für die Umsetzung des Jenaer Stadtprogramms ist die Einbeziehung und Unterstützung durch die Stadtgesellschaft erforderlich. Um dies zu ermöglichen, stützt sich das Stadtprogramm auf zwei Institutionen.

3.1. Runder Tisch für Demokratie

Zusammensetzung und Durchführung:

Der Runde Tisch für Demokratie ist das Zusammenkommen von Vertreter*innen gesellschaftlicher und kommunaler Einrichtungen mit dem gemeinsamen Ziel, das Stadtprogramm umzusetzen. Hierzu zählen Vereine und Verbände, Institutionen, Vertreter*innen der Jenaer Ortsteile und des Stadtrats, politische Parteien, Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Kirchen, lokale Wirtschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Ernst-Abbe-Hochschule, Schulen, Aktionsbündnisse und Initiativen sowie engagierte Einzelpersonen.

Das Format ermöglicht die Verständigung zwischen Zivilgesellschaft und kommunaler Verwaltung. Zu einzelnen Themen können Vertretungspersonen aus relevanten Bereichen eingeladen werden. Der Runde Tisch trifft sich mindestens dreimal im Jahr.

Zudem hat der Runde Tisch die Aufgabe, über Fortschritte und Probleme, die sich bei der Umsetzung des Stadtprogramms ergeben, zu diskutieren. Dabei ist der Austausch über Bedarfe und Vorfälle in Jena rund um rechtsextremistische Aktivitäten weiterhin ein zentrales Anliegen. Der Runde Tisch soll darüber hinaus als Impulsgeber und Multiplikator für Veranstaltungen oder Aktionen in den Themenfeldern des Stadtprogramms dienen.

*Der Berater*innenkreis des Runden Tisches für Demokratie:*

Der Berater*innenkreis besteht aus Akteur*innen der Jenaer Zivilgesellschaft. Er soll zusammen mit der Koordinierungs- und Kontaktstelle (KoKont) die Sitzungen des Runden Tisches vorbereiten, durchführen und nachbereiten. Die Mitglieder des Berater*innenkreis übernehmen die Moderation der einzelnen Sitzungen. Der Berater*innenkreis vertritt außerdem den Runden Tisch in öffentlichen Angelegenheiten. Das bedeutet bei Veranstaltungen, Aktionen und Interventionen stellvertretend für den Runden Tisch zu

sprechen.

Der Berater*innenkreis soll aus mindestens fünf Personen bestehen und in seiner Zusammensetzung mit Fokus auf die Themen des Stadtprogramms das breite Spektrum der Jenaer Zivilgesellschaft abbilden. Einzelne Organisationen und Vereine können hierfür ein Vorschlagsrecht erhalten.

3.2. KoKont- Koordinierungsstelle des Jenaer Stadtprogramms und Kontaktbüro des Runden Tisches für Demokratie

Arbeitsfähig wird der Runde Tisch durch KoKont. KoKont ist dabei Teil der Zivilgesellschaft, wird jedoch durch die Kommune finanziert. KoKont wirkt auf die inhaltliche und strukturelle Umsetzung des Stadtprogramms hin und unterstützt dabei andere in den Themenfeldern agierende Institutionen und Gruppen.

Für engagierte Menschen aus der Zivilgesellschaft bietet KoKont infrastrukturelle und inhaltliche Unterstützung. Initiativen werden bei der Suche nach Finanzierung und ggf. der Durchführung von Projekten unterstützt. Darüber hinaus realisiert KoKont eigene Projekte im Bereich Rechtsextremismusprävention und zur Stärkung einer offenen und toleranten Stadtgesellschaft.

Gleichzeitig ermöglicht die Kontakt- und Koordinierungsstelle die nötige Kooperation mit der Kommunalverwaltung der Stadt und arbeitet in Abstimmung mit dem Landesprogramm „Denk bunt!“ sowie der lokalen Partnerschaft für Demokratie.

KoKont hat zudem die Aufgabe Netzwerke aufzubauen und zu unterstützen. So soll eine enge Kooperation mit Interessensgruppen aus den Themenfeldern Rechtsextremismus(prävention), Demokratiearbeit und den Schwerpunktthemen des Stadtprogramms sichergestellt werden.

4. Fortentwicklung

Um das Stadtprogramm mit Leben zu füllen und um auf sich verändernde Bedarfe zu reagieren, muss regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden, welche Entwicklung und Hürden sich bei der Umsetzung ergeben. Der Runde Tisch für Demokratie soll deshalb alle drei Jahre den aktuellen Stand ermitteln und diskutieren. Dies soll in einem geeigneten Format geschehen. Die Vorbereitung hierfür übernimmt die Kontakt- und Koordinierungsstelle

(KoKont) mit Unterstützung der Stadtverwaltung.

Entwurfssfassung